

Zur Baselbieter Reaktion auf die Überarbeitung des Lehrplans 21 Vorschnelle Entwarnung

Von Thomas Dähler



Stellt sich das Baselbiet wieder schön brav hinter den Lehrplan 21 und die Schulreformen? «Druck des Kantons Basel-Landschaft zeigt Wirkung» ist

das Communiqué der Baselbieter Bildungs-, Kultur und Sportdirektion überschrieben. Forderungen enthält es keine mehr. Das Communiqué ist die offizielle Reaktion des Kantons auf die angekündigte Überarbeitung des Lehrplans 21, den das Baselbiet als einziger Kanton abgelehnt hatte. Bildungsdirektor Urs Wüthrich, dem die Kritikerrolle ohnehin nie wirklich behagt hat, will aufatmen. Entsprechend enthält sein Communiqué auch gleich noch den Hinweis, dass die Einführung des Lehrplans 21 auf das Schuljahr 2015/2016 damit «möglich bleibt». Das allerdings dürfte Wunschtraum bleiben. Verschwiegen wird im Communiqué Wüthrichs nämlich, dass die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren die Freigabe des Lehrplans 21 inzwischen auf Ende 2014 und die Einführung «in den meisten Kantonen» auf das Schuljahr 2017/2018 terminiert haben. Doch für eine vorzeitige Einführung im Baselbiet spricht inzwischen nur noch das Ausscheiden Wüthrichs Mitte 2015 aus der Regierung. Die meisten Mitglieder des Baselbieter Bildungsrats vertreten inzwischen die Meinung, dass eine vorzeitige Einführung nicht angezeigt ist.

Weniger Vorgaben und weniger Ideologie: Zumindest die Richtung, die die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz jetzt einschlagen will, stimmt. Doch auch ein um 20 Prozent

entschlackter Lehrplan bleibt ein gar umfangreiches Regelwerk. 550 Seiten minus 20 Prozent: Das ergibt immer noch einen Umfang von 440 Seiten oder 40 Seiten pro Schul- oder Kindergartenjahr. Die zentrale Frage wird indes nicht weggerechnet werden können: Wie viel Freiraum bleibt den einzelnen Lehrkräften, die den Schulalltag bewältigen müssen, und deren Arbeit direkten Einfluss auf die Bildungsqualität in der Schweiz hat? Standhaft

Dem Kanton Baselland würde es gut anstehen, auf den Einbezug der Kritiker zu pochen.

verteidigt hat die Steuergruppe des Lehrplans 21 den Grundsatz, dass Kompetenzen für die Schülerinnen und Schüler wichtiger seien als die Inhalte des Schulstoffs. Doch auch hier stellt sich die Frage: Wie verbindlich wird der Paradigmenwechsel im Lehrplan festgeschrieben und von den Lehrkräften geteilt? Noch bleibt die Chance intakt, dass der Lehrplan 21 in den kommenden Monaten doch noch vom ideologischen Prestigeobjekt zum praxistauglichen Leitwerk mutiert. Die Stimmberechtigten haben sich für eine Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme ausgesprochen, nicht aber für eine landesweiten Normierung der einzelnen Schullektionen.

Die sechsköpfige Steuergruppe des Lehrplans, parteipolitisch heterogen zusammengesetzt (2 SVP, 1 FDP, 1 SP, 1 Grüne, 1 CSP), hat letzten Freitag versichert, der Lehrplan 21 sei ein «Kompass» und lasse den Lehrkräften die Freiheit, selber zu entscheiden, wie sie ans Ziel kommen wollten. Damit haben sich die Erziehungsdirektoren

mindestens in ihrer Wortwahl den Kritikern angenähert. So hat die von Lehrerinnen und Lehrern gegründete Oppositionsgruppe «550 gegen 550» gefordert, der Lehrplan 21 müsse ein Rahmenlehrplan sein, der zwischen verbindlichen Vorgaben und weitergehenden Regelungen in Form von Empfehlungen unterscheidet. Noch ist offen, was bei der jetzt anstehenden Überarbeitung der Lernziele herauskommt. Gelingen kann das Unternehmen nur, wenn die Entschlackung des Regelwerks ohne Zeitdruck und unter Einbezug der kritischen Stimmen vorgenommen wird.

Wüthrichs Bildungsdirektion, scheint mir, triumphiert zu früh. Ob die Überarbeitung im Sinne der Bildungspragmatiker geschieht, ist noch immer offen. Der Bildungsdirektor müsste sich bewusst sein, dass die Baselbieter Lehrerschaft den Reformen noch immer tendenziell ablehnend gegenüber steht und die Starke Schule Baselland mit einer Volksinitiative bereit ist. Dem Kanton Baselland würde es gut anstehen, bei den Deutschschweizer Erziehungsdirektoren auf den Einbezug der Kritiker bei der Überarbeitung des Lehrplans zu pochen. Legitimiert wäre der Kanton, denn er hat sich seinerzeit immerhin an vorderster Front für die Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme engagiert. Dabei stand nie zur Diskussion, mit der Harmonisierung ein monumentales Regelwerk einzuführen, das – so die Wortwahl der Kritiker – einem «Staatsstreich im Schulzimmer» gleichkommt. Das geheimbündlerische Vorgehen der Schulreformer hat dazu geführt, dass die jetzt fällige Überarbeitung grösseres Ausmass annimmt. Ohne Mitwirkung kritischer Stimmen aber besteht die Gefahr, dass dies nicht die letzte Zusatzrunde ist. thomas.daeher@baz.ch

Im Rückblick sind alle mit der Deponiesanierung zufrieden

Reinach übergab «Alten Werkhof» an die HRS Real Estate

Von Tobias Gfeller

Reinach. Der Kanton Baselland und die Gemeinde Reinach haben die Parzellen der sanierten Deponie Alter Werkhof der HRS Real Estate AG übergeben. Diese realisiert auf dem Terrain eine Wohnüberbauung mit Gewerbe und Dienstleistungen.

Von einem «Meilenstein» sprachen Gemeindepräsident Urs Hintermann (SP) und sein Gemeinderatskollege Silvio Tondi (SP) bei der offiziellen Stabsübergabe an die HRS am Samstag in Reinach. Für Roland Bono, Geschäftsleitungsmitglied des kantonalen Amtes für Umweltschutz und Energie, war es «ein Festtag für alle». 82 000 Kubikmeter Material wurden in den vergangenen Monaten ausgehoben. 8600 Lastwagenfahrten mussten die Anwohner in dieser Zeit hinnehmen.

92 Wohnungen geplant

Bevor aber die HRS ihrerseits aktiv wird, nimmt zunächst die EBM Erdsondenbohrungen vor. Diese gingen gemäss Silvio Tondi aber nicht so tief, dass für Reinach die Gefahr eines Erdbebens besche. Nach Ostern beginnen die Bauarbeiten auf dem 14 000 Quadratmeter grossen Areal. Darauf entstehen bis in zwei Jahren vier Gebäude mit insgesamt 92 Wohnungen, 800 Quadratmetern Gewerbenutzung und 2400 Quadratmetern Raum für Dienstleistungen. «Mit dem Wohnpark wird das erste grosse Projekt des Entwicklungskonzepts, das wir 2000 lancierten, realisiert», sagt Gemeindepräsident Hintermann. Mit dem Konzept versuche der Gemeinderat der negativen Entwicklung der Einwohnerzahl und des Wohnraumangebots entgegenzuwirken.

Es war dies der erste grosse belastete Standort, der in Baselland saniert wurde. Vertreter der Gemeinde und des Kantons lobten am Samstag die Zusam-

menarbeit, verheimlichten aber nicht, dass es auch Konflikte gab. Dabei ging es unter anderem um die Häufigkeit der Grundwasseranalysen. Gemäss Roland Bono haben sich beide Parteien in den Diskussionen zu «sinnvollen Lösungen» gefunden.

Dass Reinach, das die Analysen finanzieren musste, lieber weniger analysiert hätte als der Kanton vorgab, wollten beide Parteien so nicht bestätigen. «Für uns hatte es immer höchste Priorität, dass nichts mit dem Grundwasser passiert», stellte Gemeinderat Tondi klar. Der Kanton habe gemäss Bono nie das Gefühl gehabt, dass die Gemeinde die Sanierung mit dem Portemonnaie in der Hand vornehme. Beiden Seiten war es wichtig, dass die Sanierung erfolgreich verlaufen würde.

Nur gering erhöhte Werte

«Zu Zwischenfällen mit dem Grundwasser ist es nie gekommen», bestätigt auch Dominic Utinger, der für das Amt für Umweltschutz und Energie die Aushubarbeiten begleitete. Auch nicht, als an einem beschränkten Hotspot ölhaltiges Material gefunden wurde, das in den Niederlanden speziell entsorgt werden musste.

Nur gering erhöhte Werte habe man lokal bei der Deponie im Grundwasser festgestellt, berichtet Utinger, der explizit von einem «Bodenaustausch» und nicht von einer Sanierung spricht. «Wenn man derart tief baut, kann es vorkommen, dass ausgelöst durch die Bauaktivitäten Stoffe aus der Baugrube lokal im Grundwasser festgestellt werden können.» Durch mehrere Kontrollmessungen im Abstrom des Grundwassers in Richtung Reinacher Heide, wo sich das Trinkwasserpumpwerk befindet, wurde klar, dass die Aushubarbeiten nur direkt bei der Deponie einen geringen und nicht kritischen Einfluss auf das Grundwasser hatten.

Im Laufental ist der Datenbestand bescheiden

Denkmalpflege und Archäologie müssen sich Informationen zu Bauten und Fundstellen zusammenklauben

Von Dina Sambar

Liestal. Im Laufental sind nicht besonders viele archäologische Fundstellen bekannt. Auch schützenswerte Bauten sind in offiziellen Dokumenten weniger verzeichnet als im Rest des Kantons. Nun ist es nicht so, dass es im Laufental weniger zu schützen gäbe. Der Grund ist vielmehr, dass das Laufental bis vor 20 Jahren zum Kanton Bern gehörte. «Beim Kantonswechsel sind nur wenige Akten von Bern ins Baselbiet gelangt», sagt der Walter Niederberger, stellvertretender kantonale Denkmalpfleger.

Andreas Fischer, stellvertretender Kantonsarchäologe, bestätigt den teilweise bescheidenen Datenbestand zum Laufental. Das sei jedoch nicht auf einen schlechten Informationsfluss zwischen Bern und Baselland zurückzuführen. «Es gibt einen Staatsvertrag, der besagt, dass alles, was zu Berner Zeiten erarbeitet und gefunden wurde, in Bern bleibt. Wir haben aber alle Akten gescannt und in Liestal als Kopie vorliegen», sagt Reto Marti, Leiter der Archäologie Baselland.

Kontrolle nach Verdacht

Die Datenmenge ist jedoch geringer, als sich die Baselbieter Archäologen wünschen würden. Einen Vorwurf will man den Kollegen aus Bern deswegen jedoch nicht machen. «Bern ist ein riesiger Kanton. Wie alle kantonalen Archäologien mussten auch sie mit ihren knappen Ressourcen haushalten», sagt Fischer. Ausserdem gebe es abseits des gut untersuchten Birstals wenig Bautätigkeit.

Um zu verhindern, dass wertvolle Funde zerstört werden, prüft die Archäologie Baselland jedes Baugesuch im Kanton. Wenn der Verdacht besteht, dass sich im Boden Spuren der Vergangenheit befinden, nimmt ein Mitarbeiter am Aushub teil. Ein Verdacht besteht beispielsweise, wenn bereits in der Nähe etwas gefunden wurde, oder wenn die Kantonsarchäologie unter dem Baufeld eine römischen Strasse vermutet. «Natürlich beisst sich die



Unbekannte Fundstellen. Im Laufental muss sich Andreas Fischer mit weniger Daten zufrieden geben. Foto Mische Hauswirth

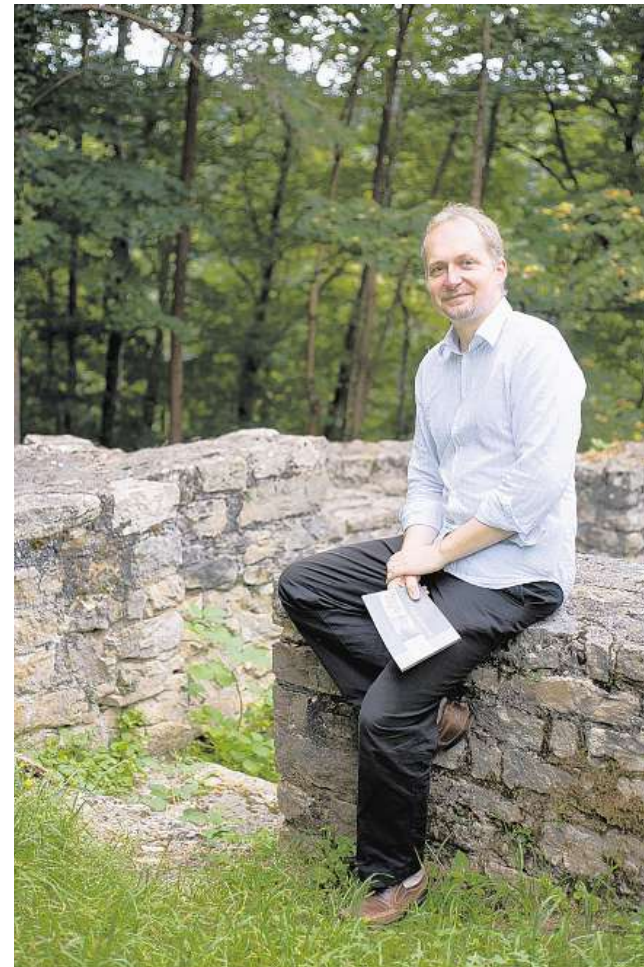
Katze so zum Teil in den Schwanz. Wir gehen dort schauen, wo uns bereits etwas bekannt ist. Wenn wir keine Informationen haben, gehen wir nicht hin», sagt Andreas Fischer.

Eine weitere Krux sei das Schweizer System. Das Baselbiet habe wenig Daten zu den Grenzgebieten: «Es kann sein, dass im Kanton Solothurn beispielsweise eine Fundstelle bekannt ist und wir die Baustelle auf unserer Seite der Grenze nicht kontrollieren, weil wir keinen Verdacht hegen», so Fischer. Archäologie Baselland verfüge jedoch auch im Laufental über ehrenamtliche

Mitarbeiter, die immer wieder einen Blick in unverdächtige Baugruben werfen würden.

Kein neues Inventar

Für die kantonale Denkmalpflege schlagen sich die geringen Informationen aus Bern in grösserem Arbeitsaufwand nieder. «Wir müssen die Objekte aufwendiger untersuchen», sagt Walter Niederberger. Zudem sei es möglich, dass beispielsweise ein wertvolles Haus untergehe: «Wenn etwas nicht als schützenswert aufgelistet ist, kommen die Baugesuche gar nicht bis zu uns.» Nach



Kein Vorwurf an Bern. Reto Marti ist über alles im Bild, was zu Berner Zeiten erarbeitet wurde. Foto Roland Schmid

dem Kantonswechsel habe man ein Bauinventar der Objekte in Siedlungsgebieten erstellt, konnte aber aus Zeitmangel die Gebäude innen nicht besichtigen. «Über wertvolle innere Substanz haben wir zu wenig Informationen und auch niemanden, der diese neu inventarisieren könnte», sagt Niederberger.

In Zukunft könnte der Sammelband «Kunstdenkmäler der Schweiz» die Arbeit des Denkmalschutzes erleichtern. Über das Baselbiet sind Band 1 bis 3 bereits erschienen. Band 4 soll diesen Herbst erscheinen. Nur Band 5 fehlt – der Band über das Laufental.

Nachrichten

Frontalkollision im Chienberg-Tunnel

Sissach. Im Chienberg-Tunnel der Umfahrung Liestal ist es am Samstagabend zu einer Frontalkollision gekommen. Der 61-jährige Unfallverursacher erlitt dabei so schwerwiegende Verletzungen, dass er mit einem Helikopter der Rega ins Spital geflogen werden musste, wie der Stabsdienst Kommunikation der Baselbieter Polizei mitteilte. In den beiden am Unfall beteiligten Fahrzeugen befand sich je nur eine Person. Die Lenkerin des anderen Fahrzeugs, das korrekt unterwegs war, konnte ihr Auto selbst verlassen. Die Umfahrung Sissach der A22 musste während rund vier Stunden gesperrt werden.

Unterstützungsverein mit neuem Präsidenten

Seewen. Die Gesellschaft des Museums für Musikautomaten Seewen hat einen neuen Präsidenten. Der Dornacher Kantonsrat Hans Büttiker wurde am Freitag an der Generalversammlung als Nachfolger von Georg Hofmeier gewählt, wie aus einer Medienmitteilung des Vereins hervorgeht. Hofmeier, der in Nuglar wohnt, wurde zum Ehrenpräsidenten erkoren. Das vom Bund betriebene Museum für Musikautomaten Seewen beherbergt eine der weltweit grössten und bekanntesten Sammlungen von Schweizer Musikdosen, Plattenspielen und anderen mechanischen Musikautomaten.

Auffahrunfall im Schänzli-Tunnel

Muttenz. Bei einem Auffahrunfall im Schänzli-Tunnel der A18 wurde am Freitagabend ein Motorradfahrer schwer verletzt. Wie die Polizei mitteilte, hat der 67-jährige Töfffahrer offenbar zu spät erkannt, dass der Verkehr vor ihm stockte. Der Tunnel musste in der Folge für den Verkehr komplett gesperrt werden, was zu grossen Verkehrsproblemen führte.